

**Ordnung
des
Evangelischen Jugendwerks
in Württemberg**

1998

§ 1 Zugehörigkeit

- (1) Zum Evang. Jugendwerk in Württemberg gehören alle Gruppen, Kreise und Vereine, die im Bereich der Evang. Landeskirche in Württemberg im Sinne von § 2 Abs. 1 Jugendarbeit betreiben, sofern sie nicht unmittelbar von der Landeskirche beauftragt sind oder Verbänden im Bereich der Landeskirche angehören.
- (2) Es besteht die Möglichkeit, dass sich Gruppen, Kreise, Vereine und Aktionen innerhalb des Evang. Jugendwerks in Württemberg zu Gliederungen auf Landesebene zusammenschließen.
- (3) Außerdem ist es möglich, dass sich Verbände unter Wahrung ihrer eigenen Arbeitsformen korporativ dem Evang. Jugendwerk in Württemberg anschließen.

§ 2 Aufgabe

- (1) Das Besondere der evangelischen Jugendarbeit besteht in ihrem Verkündigungsauftrag. Dieser hat seinen Grund und seinen Inhalt im Werk und Leben des geschichtlichen Jesus von Nazareth und in seiner Auferweckung durch Gott. Dadurch ist für das Evang. Jugendwerk in Württemberg die dauernde Verpflichtung gegeben, jungen Menschen zum persönlichen Glauben an Jesus Christus und zur Bewährung dieses Glaubens in den vielfältigen Aufgaben unserer Welt zu helfen.
- (2) Das Evang. Jugendwerk in Württemberg hat die Aufgabe, die Jugendarbeit in Gemeinden und Bezirken zu fördern, die gemeinsamen Belange aller in ihm Zusammengeschlossenen zu vertreten und ihre Verbindung untereinander zu pflegen.
- (3) Das Evang. Jugendwerk in Württemberg arbeitet selbständig im Auftrag der Evang. Landeskirche in Württemberg.

§ 3 Haushaltsführung

- (1) Die Finanzierung der Aufgaben des Evang. Jugendwerks in Württemberg erfolgt durch Beiträge der Gruppen, Kreise, Vereine und Verbände, durch Opfer und Spenden sowie durch Zuschüsse der Evang. Landeskirche in Württemberg und andere Zuschüsse.
- (2) Aufstellung und Vollzug des Haushaltsplans ist Aufgabe der Organe des Evang. Jugendwerks in Württemberg. Vor dem Vollzug des Haushaltsplans ist dessen Genehmigung durch den Evang. Oberkirchenrat erforderlich. Die Rechnungsprüfung liegt beim Rechnungsprüfamt des Evang. Oberkirchenrats.

§ 4 Regionale Gliederungen

- (1) Das Evang. Jugendwerk in Württemberg ist in Bezirke gegliedert, die in der Regel das Gebiet eines Kirchenbezirks umfassen.
- (2) Die leitenden Organe der Bezirke arbeiten nach einer von der Landeskirche und der Delegiertenversammlung des Evang. Jugendwerks in Württemberg aufgestellten Rahmenordnung.

§ 5 Organe

Organe des Evang. Jugendwerks sind:

- a) Die Delegiertenversammlung (§§ 6 - 8)
- b) Der Vorstand (§§ 9 - 11)

Die Delegiertenversammlung

§ 6 Zusammensetzung

- (1) Die Delegiertenversammlung setzt sich zusammen aus:
 - a) den Delegierten der Bezirke:
Es entfällt auf jeden Bezirk für jeweils angefangene 900 erreichte Personen, für die die Versicherungsprämie an das Evang. Jugendwerk in Württemberg bezahlt wird, 1 Delegierte bzw. 1 Delegierter; jeder Bezirk entsendet aber mindestens 2 Delegierte, zu denen der bzw. die Vorsitzende des leitenden Organs des Bezirks gehören muss. Hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendarbeit und nebenamtliche Bezirksjugendpfarrerinnen und Bezirksjugendpfarrer können nicht delegiert werden. Delegierte bzw. Delegierter kann sein, wer das 16. Lebensjahr vollendet hat.
 - b) je 1 Delegierte bzw. Delegierter der vom Vorstand eingerichteten Fachausschüsse und Arbeitskreise. Die Fachausschüsse und Arbeitskreise entsenden ihre Delegierte bzw. ihren Delegierten nach § 3 Abs. 4 der "Ordnung für die Fachausschüsse, Arbeitskreise und Beiräte".
 - c) 5 Delegierten der Bezirksjugendpfarrerinnen und -pfarrer;
 - d) 9 Delegierten der hauptamtlichen Jugendreferentinnen und Jugendreferenten, wobei die jeweilige Minderheit mit mindestens einem Drittel vertreten sein muss;
 - e) 1 Delegierte bzw. 1 Delegierter des Arbeitskreises der Gemeindediakoninnen und Gemeindediakone
 - f) den Mitgliedern des Vorstands;
 - g) 3/4 der Anzahl der Referentinnen und Referenten der Landesstelle (die restlichen mit beratender Stimme).
- (2) Die Delegiertenversammlung hat die Möglichkeit, bis zu zehn Delegierte auf Vorschlag des Vorstands zuzuwählen.
- (3) Die Delegierten werden jährlich gewählt, außerdem für die Delegierten nach § 6 Abs. 1 a ebenso viele Stellvertreter. Die Delegierten sind der Landesstelle jeweils am Jahresanfang zu melden.
- (4) Der Vorstand prüft nach den Wahlen, ob die Gliederungen nach § 1 Abs. 2 und Verbände nach § 1 Abs. 3 durch Delegierte der Bezirke entsprechend ihrer Stärkezahlen (für jeweils angefangene 900 erreichte Personen ein Delegierter - siehe § 6 Abs. 1 a -) vertreten sind. Sind Gliederungen bzw. Verbände unterrepräsentiert, so haben deren Organe das Recht, dem Vorstand gegenüber die ihnen zusätzlich zustehenden Delegierten zu benennen.

§ 7 Aufgaben

- (1) Die Delegiertenversammlung hat insbesondere folgende Aufgaben:
 - a) Sie beschließt über die Richtlinien der Arbeit und über Fragen der Gesamtplanung. Beschlüsse der Delegiertenversammlung, welche den Grundsätzen einer Gliederung nach § 1 Abs. 2 oder eines Verbands nach § 1 Abs. 3 zuwiderlaufen, sind für diese nicht bindend. Die Erklärung mit Begründung muss dem Vorstand durch das zuständige Organ der Gliederung bzw. des Verbandes unverzüglich zugeleitet werden.

- b) Sie wählt die Mitglieder des Vorstands nach § 9 Abs. 1 b und auf Vorschlag des Vorstands oder auf Vorschlag von mindestens 10 Delegierten der Delegiertenversammlung die Vorsitzende bzw. den Vorsitzenden und zwei Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter. Die Vorsitzende bzw. der Vorsitzende und die 2 Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter sind in zwei getrennten Wahlgängen zu wählen. Die Vorsitzende bzw. der Vorsitzende ist gewählt, wenn sie bzw. er mehr als die Hälfte der Stimmen der anwesenden Delegierten auf sich vereint.
- c) Sie nimmt den Bericht des/der Vorsitzenden über die Arbeit des Vorstandes und die Jahresberichte der Leiterin des ejw bzw. des Leiters des ejw und der Geschäftsführerin bzw. des Geschäftsführers entgegen.
- d) Sie beschließt über den Haushaltsplan und den Rechnungsabschluss.
- e) Sie beschließt mit 2/3 der Stimmen der anwesenden Delegierten auf Vorschlag des Vorstands über die Anerkennung einer neu entstandenen Gliederung nach § 1 Abs. 2 und den Anschluss von Verbänden nach § 1 Abs. 3. Sie stellt außerdem die Auflösung einer Gliederung fest und beschließt auf Antrag mit 2/3 der Stimmen der anwesenden Delegierten über den Ausschluss eines Verbandes.
- f) Sie entlastet den Vorstand.
- g) Sie setzt die Beiträge nach § 3 Abs. 1 fest.
- h) Sie beschließt über ihre Geschäftsordnung und verabschiedet auf Vorschlag des Vorstands die Geschäftsordnung der Landesstelle (§ 10 m).
- i) Delegiertenversammlung oder Vorstand können zeitlich befristete Projektgruppen einsetzen. In ihnen sollen ehren- und hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowohl aus den Bezirken als auch aus der Landesstelle zusammenwirken. Das Nähere regelt der Vorstand. Die Projektgruppen initiieren, erarbeiten und erproben neue Arbeitsfelder, Aufgabenbereiche, Formen, Methoden und Kooperationen im Arbeitsbereich des ejw. Die Ergebnisse werden der Delegiertenversammlung in geeigneter Form vorgelegt.

(2)

- a) Anträge an die Delegiertenversammlung, Vorschläge für die Zuwahl (§ 6 Abs. 2) von Delegierten und Anfragen an den Vorstand, die bei der Delegiertenversammlung behandelt werden müssen, sind spätestens 3 Wochen vor der Versammlung schriftlich bei der Vorsitzenden bzw. bei dem Vorsitzenden einzureichen. Sie müssen von mindestens 2 Delegierten unterzeichnet sein.
- b) Anträge zur behandelnden Sache können während der Versammlung schriftlich eingebracht werden.
- c) Die Beschlussfassung nach § 7 Abs. 1 a, e und h setzt eine Vorberatung im Vorstand voraus.

§ 8 Einberufung und Beschlussfassung

- (1) Die Delegiertenversammlung tritt mindestens einmal im Jahr zusammen. Sie wird von der Vorsitzenden bzw. vom Vorsitzenden in der Regel 5 Wochen vor dem Termin schriftlich unter Angabe der Tagesordnung einberufen.
- (2) Wird vom Vorstand oder von mindestens 1/5 der Delegierten die Einberufung schriftlich unter Angabe der Tagesordnung verlangt, so muss die Vorsitzende bzw. der Vorsitzende sie einberufen.
- (3) Die Delegiertenversammlung ist beschlussfähig, wenn sie ordnungsgemäß eingeladen wurde und wenigstens die Hälfte der Delegierten anwesend ist. Wird festgestellt, dass die Delegiertenversammlung beschlussunfähig ist, so hat die Vorsitzende bzw. der Vorsitzende zu einer erneuten Delegiertenversammlung, die innerhalb von drei Monaten stattfinden muss, einzuladen. Diese Delegiertenversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Delegierten beschlussfähig.
- (4) Beschlüsse werden, soweit nichts anderes bestimmt ist, mit einfacher Mehrheit gefasst. Stimmenthaltungen gelten nicht als Nein-Stimmen.
- (5) Die Delegiertenversammlung wird von der Vorsitzenden bzw. vom Vorsitzenden oder von einer bzw. von einem durch den Vorstand Beauftragten geleitet.
- (6) Die Ergebnisse der Delegiertenversammlung sind in einem Protokoll festzuhalten, das von der Vorsitzenden bzw. dem Vorsitzenden und der Protokollführerin bzw. dem Protokollführer zu unterschreiben ist.
- (7) Die Delegiertenversammlung ist in der Regel öffentlich. Zuhörer dürfen dann das Wort ergreifen, wenn die Delegiertenversammlung nicht mehrheitlich widerspricht. Zu einzelnen Tagesordnungspunkten kann die Öffentlichkeit durch Beschluss der Delegiertenversammlung ausgeschlossen werden.

Der Vorstand

§ 9 Zusammensetzung

- (1) Zum Vorstand gehören:
 - a) die Vorsitzende bzw. der Vorsitzende und 2 stellvertretende Vorsitzende;
 - b) 6 von der Delegiertenversammlung gewählte männliche und weibliche Mitglieder; bei Buchstaben a) und b) muss die jeweilige Minderheit mit mindestens einem Drittel vertreten sein; bei den Mitgliedern nach Buchstaben b) können eine hauptamtliche Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter gewählt werden, jedoch keine Landesreferentinnen und Landesreferenten;
 - c) die Vorsitzenden oder deren Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter und/oder der Gliederungen nach § 1 Abs. 2 und Verbände nach § 1 Abs. 3;
 - d) die Vorsitzende bzw. der Vorsitzende oder deren Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter des Jugendreferentenausschusses;
 - e) die Landesjugendpfarrerin bzw. der Landesjugendpfarrer;
 - f) die Leiterin des ejw bzw. der Leiter des ejw;
 - g) die Geschäftsführerin bzw. der Geschäftsführer des ejw;
 - h) die Fachliche Leiterin des ejw bzw. der Fachliche Leiter des ejw;
 - i) Eine Vertreterin bzw. ein Vertreter der Kirchenleitung, die/der berechtigt ist, an den Sitzungen mit beratender Stimme teilzunehmen.
 - k) Landesreferentinnen bzw. Landesreferenten sollen bei Fragen eingeladen werden, die ihren Tätigkeitsbereich betreffen.
 - l) Vorsitzende von Fachausschüssen/Beiräten/Arbeitskreisen und Projektgruppen, die zu Tagesordnungspunkten eingeladen werden, die Ziele und Inhalte der jeweiligen Fachausschüsse/Beiräte/Arbeitskreise oder Projektgruppen betreffen.
- (2) Vorschläge für die Wahl des Vorstandes (nach § 9 Abs. 1 b) müssen 3 Wochen vor der Delegiertenversammlung schriftlich bei der Vorsitzenden bzw. beim Vorsitzenden eingehen und von mindestens 5 Delegierten unterschrieben sein. Jede Delegierte bzw. jeder Delegierte kann nur einen Wahlvorschlag (der allerdings mehrere Kandidatinnen und Kandidaten enthalten kann) unterstützen. Dem Vorschlag muss die Zustimmungserklärung der bzw. des Vorgeschlagenen beiliegen. Die Vorgeschlagenen sind in alphabetischer Reihenfolge auf dem Stimmzettel aufzuführen. Werden der Delegiertenversammlung weniger als 9 Personen zur Wahl vorgeschlagen, so ergänzt der Vorstand die Liste.
- (3) Die Amtszeit der Vorstands-Mitglieder nach § 9 Abs. 1 a und b beträgt 3 Jahre. Scheidet ein Mitglied nach § 9 Abs. 1 b während seiner Amtszeit aus, rückt die Kandidatin bzw. der Kandidat nach, die bzw. der bei der vorangegangenen Wahl unter den nichtgewählten Kandidatinnen und Kandidaten die höchste Stimmzahl erreicht hat.
- (4) Mitglied im Vorstand kann werden, wer das 18. Lebensjahr vollendet hat. Die Hälfte der gewählten Mitglieder soll nicht älter als 35 Jahre sein.

§ 10 Aufgaben

Der Vorstand hat vor allem folgende Aufgaben:

- a) er legt die Gesamtkonzeption der Arbeit im Rahmen der von der Delegiertenversammlung beschlossenen Richtlinien (§ 7 Abs. 1 a) fest;
- b) er beschließt die Schwerpunktplanung der Fachbereiche auf deren Vorschlag;
- c) er schlägt der Delegiertenversammlung die Kandidaten für die Wahl der Vorsitzenden bzw. des Vorsitzenden und der 2 Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter vor (siehe auch § 7 Abs.1 b);
- d) er schlägt dem Oberkirchenrat die Berufung der Leiterin des ejw bzw. des Leiters des ejw auf 8 Jahre vor;
- e) er beruft die Fachliche Leiterin bzw. den Fachlichen Leiter und die Geschäftsführerin bzw. den Geschäftsführer;
- f) er beruft die Landesreferentinnen und Landesreferenten und auf Antrag der Organe der Gliederungen nach § 1 Abs. 2 und der Verbände § 1 Abs. 3 die Landes-, Regional- und Stufenreferentinnen und -referenten sowie die Leiterinnen und Leiter der Heime und Einrichtungen;

- g) er richtet Fachausschüsse/Beiräte/Arbeitskreise ein. Er beschließt die Ordnung für die Fachausschüsse/Beiräte/Arbeitskreise.
- h) er setzt einen Finanzbeirat ein und legt dessen Aufgaben fest;
- i) er verabschiedet den Entwurf des Haushaltsplans und des Rechnungsabschlusses als Vorlage an die Delegiertenversammlung;
- k) er setzt einen Nominierungsausschuss für die Wahlen zum Vorstand (§ 9 Abs. 1 a und 2) ein;
- l) er wählt bzw. bestätigt die Vertreter des Evang. Jugendwerks in Württemberg in andere Gremien;
- m) er erarbeitet einen Vorschlag für die Geschäftsordnung der Landesstelle (§ 7 Abs. 1 h) und verabschiedet die Dienstanweisungen für die Leiterin des ejw bzw. den Leiter des ejw, die Fachliche Leiterin bzw. den Fachlichen Leiter und die Geschäftsführerin bzw. den Geschäftsführer und die Landesreferentinnen und Landesreferenten;
- n) er berät über Anträge nach § 7 Abs. 2 c;

§ 11 Einberufung und Beschlussfassung

- (1) Der Vorstand tritt nach Bedarf zusammen. Er wird von der Vorsitzenden bzw. dem Vorsitzenden in der Regel 14 Tage vor dem Termin schriftlich unter Angabe der Tagesordnung einberufen.
- (2) Der Vorstand muss einberufen werden, wenn es mindestens 1/4 der stimmberechtigten Mitglieder des Vorstandes verlangt.
- (3) § 8 Abs. 3-6 gelten sinngemäß.

Die Landesstelle

§ 12 Aufgaben

- (1) Die Landesstelle unterstützt, fördert und berät die Jugendarbeit im Raum der Landeskirche. Die Schwerpunkte ihrer Arbeit liegen bei Aufgaben, die von den Gemeinden und Bezirken her nicht wahrgenommen werden können bzw. sich aus der Beobachtung von Tendenzen und Entwicklungen als zukunftsweisend abzeichnen. Spezifische Aufgaben sind von daher:
 - a) Erarbeitung, Erprobung und Multiplikation (Projektarbeit) von Modellen im Bereich von Freizeiten und Seminaren, Gruppenarbeit und Jugendevangalisation, offenen Treffs und Einzelveranstaltungen sowie die Herausgabe von Arbeitshilfen.
 - b) Angebot von Erfahrungsfeldern wie Aktionen und Einsätze, sozialdiakonische Maßnahmen, Freizeiten, Aufbaulager, Lebensschule, Landestreffen.
 - c) Verkündigungsdienste und Besuche in Orten und Bezirken.
 - d) Mitwirkung bei Aus- und Weiterbildung von ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern; Begleitung, Beratung und Seelsorge, insbesondere bei verantwortlichen Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen.
 - e) Kooperation mit Gliederungen und Verbänden.
 - f) Einrichtung und Betrieb von Freizeit- und Bildungsstätten.
 - g) Wahrnehmung von Arbeitskontakten mit Gremien und Institutionen.
 - h) Ökumenische und internationale Aufgaben und Partnerschaften (insbesondere CVJM-Weltdienst).
- (2) Für die Arbeit der Landesstelle werden - im Rahmen des Stellenplans – Arbeits- und Fachbereiche gebildet. Die Einrichtung und deren Aufgabenstellung obliegt der Delegiertenversammlung auf Vorschlag des Vorstandes. Dieser kann befristet oder auf Dauer besondere Arbeitsbereiche einrichten und deren Aufgabenstellung und Leitung festlegen.
- (3) Die Zuordnung und Mitarbeit von Referentinnen und Referenten der Gliederungen und Verbände in Arbeits- und Fachbereiche und bei Projekten erfolgt in Absprache zwischen dem Vorstand und den betreffenden Gliederungs- und Verbandsorganen.
- (4) Die Landesreferentinnen und Landesreferenten (§ 10 Abs. b) unterstehen – je nach Zuordnung – der Dienst- und Fachaufsicht der Leiterin des ejw bzw. des Leiters des ejw oder der Fachlichen Leiterin bzw. des Fachlichen Leiters oder der Geschäftsführerin bzw. des Geschäftsführers. Die Fachliche Leiterin bzw. der Fachliche Leiter

und die Geschäftsführerin bzw. der Geschäftsführer unterstehen der Dienst- und Fachaufsicht der Leiterin des ejw bzw. des Leiters des ejw. Die Landesreferentinnen und Landesreferenten der Gliederungen und Verbände unterstehen der Dienstaufsicht der Leiterin des ejw bzw. des Leiters des ejw und der Fachaufsicht der zuständigen Gliederungs- und Verbandsorgane. Einzelheiten sind in der Geschäftsordnung (§ 10 Abs. m) geregelt.

- (5) Die Leiterin des ejw bzw. der Leiter des ejw trägt außerdem dem Vorstand gegenüber die Verantwortung für die Ausführung der Beschlüsse der Organe, für die Koordinierung der Arbeit der Arbeits- und Fachbereiche und für gemeinsame Aufgaben der Landesstelle. Einzelheiten sind in der Geschäftsordnung (§ 10 Abs. m) geregelt. Die Leiterin des ejw bzw. der Leiter des ejw untersteht der Fachaufsicht, und soweit sie bzw. er nicht Pfarrerin bzw. Pfarrer der Evang. Landeskirche in Württemberg ist, auch der Dienstaufsicht der Vorsitzenden bzw. des Vorsitzenden.
- (6) Mindestens einmal im Jahr lädt die Landesstelle zu Treffen der Vorsitzenden der Evangelischen Bezirksjugendwerke sowie der Vorsitzenden der Fachausschüsse/Beiräte/Arbeitskreise ein; ebenso die Jugendreferentinnen und Jugendreferenten zu Konventen und Studententagen.

§ 13 Mitgliedschaft in den Weltbünden

Das Evang. Jugendwerk in Württemberg ist über den "CVJM-Gesamtverband in Deutschland e.V." Mitglied im YMCA-Weltbund und über die "Evangelische Frauenarbeit in Deutschland e.V. – Nationalverband des YWCA" Mitglied im „Weltbund Christlicher Verbände Junger Frauen/YWCA“.

§ 14 Änderung der Ordnung

Anträge an den Evang. Oberkirchenrat auf Änderung dieser Ordnung bedürfen der Zustimmung von 2/3 der anwesenden Delegierten der Delegiertenversammlung.

§ 15 Inkrafttreten der Ordnung

Diese Ordnung tritt am 01.07.1998 in Kraft. Gleichzeitig treten alle Bestimmungen, die durch diese Neuordnung gegenstandslos sind, außer Kraft.

*) Der Evangelische Oberkirchenrat hat dieser Ordnung zugestimmt. Die §§ 6 Abs. 1 Buchstabe b und 10 Buchstabe g wurden in der Delegiertenversammlung am 11.05.1996 geändert. § 6 Abs. 1 Buchstabe d, § 7 Abs. 1 Buchstaben c, h – i, Abs. 2 Buchstabe c, § 9 Abs. 1 Buchstaben g – l, § 10 Buchstaben d, e, m, § 12 Abs. 1 Buchstabe h, Abs. 2 – 4 und § 13 wurden in der Delegiertenversammlung am 16.05.1998 geändert.